

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Die FBP hat die Verpflichtung, über die Zukunft nachzudenken

Gut besuchter FBP-Parteitag in Eschen – Johannes Kaiser und Dr. Gerd Risch wurden zu neuen Vizepräsidenten bestellt

Der FBP-Parteitag am Montagabend in Eschen stand im Zeichen einer gewissen Konsolidierung der Partei, die nach den Wahlen von 1986 vor einer schwierigen Situation stand. Die in der Zwischenzeit durchgeführte Erneuerung der Parteileitung fand mit der Wahl von zwei Vizepräsidenten, Dr. Gerd Risch im Oberland und Johannes Kaiser im Unterland, seinen Abschluss. Die Partei blickt, wie aus den verschiedenen Referaten der Parteiführung, der Regierungsmitglieder und der Landtagsvertreter zu erkennen war, mit Zuversicht in die Zukunft und ist bereit, die Herausforderungen der Zukunft anzunehmen.

In dem von den Frauen in der FBP mit Gartenblumen geschmückten Saal herrschte eine optimistische Stimmung vor. Obwohl ausser den Zuwahlen in das Parteipräsidium keine wichtigen Geschäfte anstanden, waren aus allen elf Ortsgruppen des Landes sehr viele Delegierte und Parteifreunde gekommen. Zweifellos ein Zeichen dafür, dass sich die Parteibasis auch für die Rechenschaftsberichte und vor allem für die Weichenstellung der Partei in der Zukunft interessiert.

Gedenken und Dank

FBP-Präsident Emanuel Vogt begann seine Parteitagrede mit einem Gedenken an die verstorbenen Parteimitglieder und erwähnte – stellvertretend für alle anderen – den Balzner FBP-Obmann Walter Hasler, der jäh dem irdischen Leben inmitten seiner Arbeit für die Familie und die Partei entrisen wurde. An das Gedenken für die verstorbenen Parteimitglieder schloss sich der Dank des FBP-Präsidenten an, der vor allem den Mandatären in Regierung und Landtag, auf Gemeindeebene und innerhalb der Partei galt, aber auch die zahlreichen Helfer im Stillen miteinschloss. Besonderen Dank konnte Josef Biedermann entgegennehmen, der die Partei nach der Wahlniederlage interimistisch geführt hatte, sowie Parteisekretär Edgar Nipp, der aus beruflichen Gründen auf eine Weiterführung seiner Arbeit als Parteisekretär verzichten musste.

Rechenschaftsberichte und Ausblicke

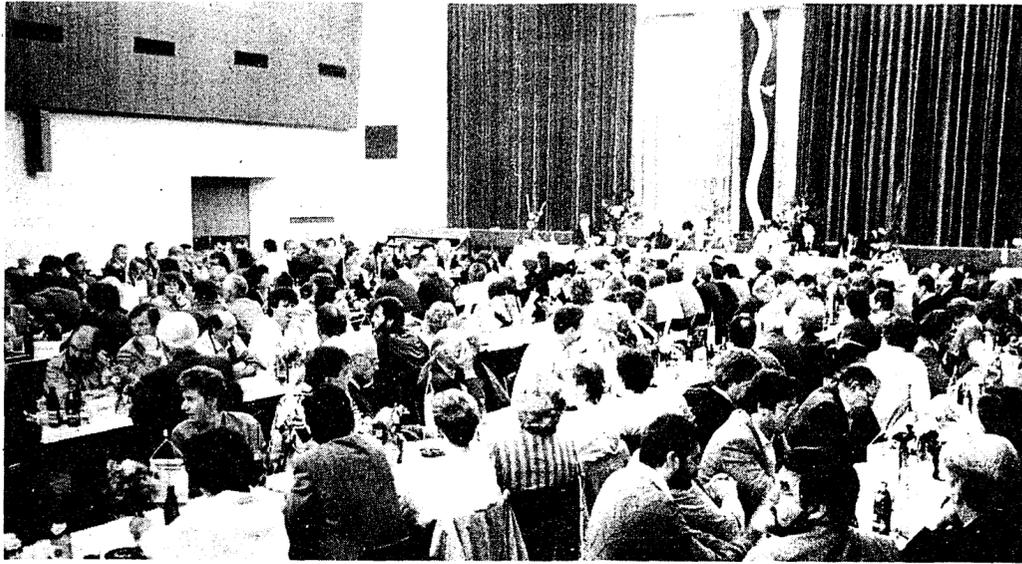
In seinem Rechenschaftsbericht erwähnte FBP-Präsident Emanuel Vogt die verschiedenen Klausurtagungen, die mit grossem Erfolg in den letzten Monaten durchgeführt wurden und die der Partei die notwendigen Impulse gegeben haben, um Perspektiven für die Zukunft aufzustellen. Erwähnung fand im weiteren der FBP-Vorstoss im Landtag zur Ermässigung der Steuerbelastung für kleinere und mittlere Einkommen sowie die zwischenparteilichen Gespräche über die Mandatszahl im Landtag und die Stellung der stellvertretenden Abgeordneten. Die Verfassungsänderung, die in nächster Zeit Gegenstand der Behandlung im Landtag und möglicherweise auch einer Volksabstimmung sein wird, bezeichnete der FBP-Präsident als einen tragbaren Kompromiss, womit er andeutete, dass sich die FBP vor allem hinsichtlich der stellvertretenden Abgeordneten eine andere Lösung hätte vorstellen können.

Engagement der Frauen in der FBP

Über die Arbeit der Frauen in der FBP berichtete Rösle Eberle als Vorsitzende dem Parteitag. «Aller Anfang ist schwer», meinte sie zu der seit Jahren bestehenden Aufbauarbeit innerhalb der Partei, doch erwähnte sie mit Genugtuung den Erfolg der FBP, die erste Frau in den Landtag gewählt zu haben. In ihren weiteren Ausführungen skizzierte sie die Mitarbeit der Frauen in den verschiedenen Parteigremien und Kommissionen, erwähnte die zahlreichen, gut besuchten Veranstaltungen und schloss mit der Bemerkung, die Zukunft könne nur gemeinsam von Männern und Frauen gestaltet werden.

Mitarbeit der Parteijugend

Der Vorsitzende der Jungen FBP, Sigi Elkuch, berichtete neben den abgeschlossenen Aktivitäten vor allem über die Vorbereitungen der Feier zum 25-jährigen Bestehen der Jungen FBP, die als «Jugend-



Über mangelndes Interesse der Delegierten und Parteifreunde konnte am FBP-Parteitag am Montagabend in Eschen nicht geklagt werden. Mit der Neuwahl von zwei Vizepräsidenten und der Bestätigung der bisherigen Mitglieder ist das Parteipräsidium wieder vollständig. Das Parteipräsidium liess sich vom Parteitag die Kompetenz geben, ein weiteres Mitglied in das Parteipräsidium zu wählen.

referat» vor einem Vierteljahrhundert aus der Taufe gehoben wurde. Zudem findet nach seinen Ausführungen anfangs November in Zusammenarbeit mit dem Demokratischen Jugendverband Europas ein Internationales Menschenrechtsseminar statt, an dem sich international anerkannte Experten – unter ihnen Prof. Dr. Felix Ermacora – zum Thema Menschenrechte äussern werden.

Aus der Arbeit des Landtags

Rechenschaft über die Arbeit des Landtags gab FBP-Fraktionssprecher Josef Biedermann, während Landtagsvizepräsident Josef Büchel über künftige Aufgaben und Vorlagen berichtete. Fraktionssprecher Biedermann erläuterte in groben Zügen die von der FBP-Fraktion eingebrachten parlamentarischen Vorstösse, unter ihnen die sieben Umweltpostulate, die Motion über die Landwirtschaftszone, die Initiative zur Änderung des Steuergesetzes sowie das Postulat über das landwirtschaftliche Leitbild. Er erwähnte bei der Darstellung der FBP-Landtagsarbeit, dass oft unter grossem Zeitdruck gearbeitet werden müsse und gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass künftig die Arbeit auf mehr Schultern verteilt werden könne. Landtagsvizepräsident Büchel befasste sich mit der Darstellung der künftigen Arbeit des Landtags und erwähnte dabei die Parlamentsreform, die Weichenstellung in der Aussenpolitik, insbesondere die Debatte über den UNO-Beitritt, die Revision des AHV-Gesetzes und die Vorlage über die obligatorische Einführung der betrieblichen Vorsorge (2. Säule).

Umfangreiche FBP-Regierungsarbeit

Regierungschef-Stellvertreter Dr. Her-

bert Wille und Regierungsrat Wilfried Büchel gaben Auskunft über die von ihnen geleistete Arbeit und wiesen auf eine Reihe von Aufgaben hin, die in den von ihnen geleiteten Regierungsressorts vor der Realisierung stehen. Wilfried Büchel zeigte die Arbeit im Bereich des öffentlichen Verkehrs und in der Medienpolitik auf. Zur Förderung des öffentlichen Verkehrs steht neben den verschiedenen Verbesserungen des Fahrplans und baulichen Massnahmen die einjährige Versuchsphase für den Nulltarif bevor, während eine Kommission unter seinem Vorsitz in den nächsten Wochen einen Bericht über die Medienpolitik der Regierung (und nachher dem Landtag) weiterleiten wird.

Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille ging in seinem Referat auf die Arbeit in den Ressorts Justiz, Inneres, Kultur, Land- und Forstwirtschaft sowie Umwelt ein. Eine Reihe von wichtigen Aufgaben konnte bereits erledigt werden, andere stehen noch bevor: Der Kulturbericht wird überarbeitet, die Kultusbeträge an die katholische Kirche liegen dem Landtag vor, die Vorlage über die Änderung des Gemeindegesetzes soll noch in diesem Jahr fertiggestellt werden, eine Vorlage über die Familienrechtsreform befindet sich in der Vernehmlassung. Dr. Herbert Wille führte auch die kommende Milchkontingentierung an, die weitere Förderung der Landwirtschaft, die Herausgabe der Verordnung über die Luftreinhaltung und die Bestrebungen zu umweltgerechten Abfallentsorgungen und der Suche nach Deponieplätzen. Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille unterstrich, dass es ihm um eine «sach- und leistungsbezogene Politik» gehe, um eigene Strategien,

die man entwickeln müsse, um für unseren Staat Vorsorge für die Zukunft zu treffen.

Zwei neue Vizepräsidenten

Mit Spannung war von den Delegierten und anderen Parteitagsteilnehmern die Wahl der Vizepräsidenten erwartet worden. Die Vorschläge des Parteipräsidiums, Dr. Gerd Risch für den Wahlkreis Oberland und Johannes Kaiser für das Unterland, erhielten eine überwältigende Mehrheit. Rösle Frick, bisher bereits Mitglied des FBP-Präsidiums, wurde für eine weitere Amtsperiode bestätigt. Die Zuwahl einer weiteren Person in das Präsidium ist nach den Statuten noch möglich. Das Parteipräsidium liess sich vom Parteitag die Kompetenz geben, durch den Landesauschuss eine weitere Person wählen zu lassen.

Gegen Gefälligkeitspolitik

Zum Abschluss des FBP-Parteitages, der wie immer mit dem Absingen der Landeshymne ausklang, ergriff noch einmal FBP-Präsident Emanuel Vogt das Wort und erklärte, die gegenwärtige Führung in unserem Staat lasse Perspektiven vermissen, zeige zu wenig Mut für das Anpacken grosser Probleme und gebe sich einer Gefälligkeitspolitik hin. Der FBP-Präsident forderte «Richtlinien und Klarheit über die Zukunft unseres Landes in verschiedenen Bereichen wie Wirtschaft, Landesplanung, Energie, Bodenrecht, Steuergesetz, Überfremdung und Integration der hier lebenden Ausländer.» Durch Leistung, mit klarem Profil, in Einigkeit und in einer ehrlichen, gradlinigen und offenen Politik – so sieht der FBP-Präsident die Zukunft der Bürgerpartei.

Härtere Strafen für Schwarzarbeit und Schlepperei

Schweiz: Revision des Gesetzes über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer

(AP) Schlepperei und Schwarzarbeit werden in der Schweiz künftig schärfer bestraft. Auch der Nationalrat hat am Dienstag die durch eine Motion ausgelöste Anag-Änderung mit 76 zu vier Stimmen gutgeheissen. Verschiedene Enthaltungen waren Ausdruck der vor allem von linker Seite geäusserten Bedenken, dass mit der Vorlage eigentlich das Asylrecht verschärft werde, weil sie auch ein Instrument gegen jene sei, die abgewiesene Asylbewerber beherbergen. Sowohl Anträge auf Lockerung wie auf Verschärfung wurden jedoch deutlich abgelehnt.

Die Revision des Bundesgesetzes über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (Anag), die nun noch vor die Schlussabstimmung kommt, war durch eine Motion aus dem Parlament verlangt worden. Nach der neuen »Schlepperei-

stimmung» müssen Schlepper, die Arbeitssuchende oder auch Asylbewerber illegal über die Grenze schaffen, ungeachtet der Bereicherungsabsicht, mit Gefängnis bis zu drei Jahren und Bussen bis zu 100.000 Franken rechnen. Von der Strafe kann abgesehen werden, wenn der Ausländer sofort ausgeschafft wird oder wenn der illegale Grenzübertritt wegen der Verfolgung gerechtfertigt ist. Hilfe dazu ist dann straflos, wenn sie aus achtenswerten Beweggründen geleistet wird. Nicht länger ein Kavaliärsdelikt ist die Beschäftigung von Schwarzarbeitern: Wer vorsätzlich Ausländer ohne Arbeitsbewilligung beschäftigt, wird für jeden mit einer Busse bis zu 5000 Franken bestraft. Handelt er fahrlässig, beträgt die maximale Busse 3.000 Franken. In besonders leichten Fällen kann von einer Be-

strafung Umgang genommen werden. Handelt der Täter aus Gewinnsucht, ist der Richter an diese Höchstbeträge nicht gebunden. Im Wiederholungsfall kann die Busse mit einer Gefängnisstrafe bis zu sechs Monaten oder Haft ergänzt werden.

In der Debatte war unbestritten, dass die Beschäftigung von Schwarzarbeitern nicht als Kavaliärsdelikt zu werten ist, die bundesrätliche Stabilitätspolitik unterläuft, den Arbeitsmarkt beeinträchtigt und für die Betroffenen Rechtsunsicherheit bedeutet. Auch die Verwerflichkeit der Schleppertätigkeit wurde von allen Seiten anerkannt. Eintreten war denn auch völlig unbestritten. Auseinandersetzungen der Meinungen jedoch in der Frage der Ausgestaltung der neuen Bestimmungen.

Vorbeugung gegen Deponie in Ruggell?

Volksinitiative eingereicht

In der Gemeinde Ruggell ist eine Initiative zustande gekommen, die sich mit der Abfalldeponierung befasst. Nach dem Gemeinderatsprotokoll hat der Gemeinderat das Volksbegehren zur Kenntnis genommen und die Abstimmung auf den 11. und 13. Dezember 1987 festgelegt.

Der Steinbruch Limsneck in Ruggell wurde von Fachleuten mehrfach als idealer Standort für eine Abfalldeponierung bezeichnet. Entsprechende Vorverhandlungen zwischen der Regierung und der Gemeinde Ruggell haben bereits stattgefunden. Eine Entscheidung ist offenbar bisher noch nicht gefällt worden. Nachstehend nun der Auszug aus dem Gemeinderatsprotokoll:

«Am 31. August 1987 wurde bei der Gemeinde von 274 Unterzeichnern ein Initiativbegehren eingereicht, mit welchem der Gemeinderat aufgefordert wird eine Gemeindeversammlung einzuberufen, welcher folgender Gegenstand zur Beratung und Beschlussfassung zu unterbreiten ist:

Art. 28 des Reglements für die Abwasser- und Abfallbeseitigung der Gemeinde Ruggell vom 9. November 1977 erhält einen neuen Absatz 2 mit folgendem Wortlaut:

Im Gemeindegebiet von Ruggell dürfen ausschliesslich Abfälle oder deren Folgeprodukte deponiert werden, welche in den Gemeinden Ruggell und Schellenberg anfallen.

Der Gemeinderat nimmt die Initiative zur Kenntnis und setzt die Gemeindeabstimmung auf 11./13. Dezember 1987 fest. Vorgängig zu dieser Gemeindeabstimmung soll eine umfassende Orientierung der Stimmbürger erfolgen.»

St. Gallen: Malus für «unsaubere» Autos

(spk) St. Galler Fahrzeughalter, deren Autos nicht den strengen Abgasvorschriften entsprechen, sollen ab 1989 das anderthalbfache der normalen Fahrzeugsteuer entrichten, während Besitzer von Kat-Fahrzeugen um ein Viertel entlastet werden. Diese Absichtserklärung der Regierung ist im kantonalen Luftreinhaltungskonzept enthalten, das der St. Galler Grosse Rat am Dienstag während fast vier Stunden debattierte und schliesslich zustimmend zur Kenntnis nahm.

Der Bericht des Regierungsrates als Ergebnis der Sondersession Luft vom vergangenen Februar wurde unterschiedlich aufgenommen. Den Fraktionen von SP und LdU gingen die vorgeschlagenen Massnahmen zu wenig weit. Am deutlichsten sprach sich die FDP für den Bericht aus, während auch die CVP – bei einigen kritischen Anmerkungen – für zustimmende Kenntnisnahme plädierte, was der Rat denn auch mit deutlichem Mehr tat.

In der Debatte blieb aber gerade die von der Regierung ins Auge gefasste Massnahme des Malus- und Bonusystems nicht unbestritten und es wurde von einigen bürgerlichen Votanten bezweifelt, ob sie überhaupt durchgeführt werden dürfe und etwas bringe.

DENNER
SCHAAN-VADUZ

Trauben UVA
Italien
kg 1.50

Beachten Sie die laufenden Denner-Aktionen in der Tagespresse.